

R-PU1

KOMPAKT

NRW-Grüne befürchten große Koalition im Bund

DÜSSELDORF (gmv) Bei einer Klausurtagung der Grünen im Düsseldorfer Landtag hat die Partei eine Strategie für den Bundestagswahlkampf 2013 diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass bei den Grünen die Skepsis an der Bündnistreue der Bundes-SPD wächst. „Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben gezeigt, dass Teile der SPD sich Richtung große Koalition aufstellen“, sagte Parteichef Sven Lehmann unserer Zeitung. Damit torpedierte die SPD die Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Wer Rot-Grün wolle, müsse auf starke Grüne setzen. Die Partei will die Sorge um das Gemeinwohl zum Hauptthema im Bundestagswahlkampf machen. An der Tagung nahm auch Jürgen Trittin, der Chef der Bundestagsfraktion, teil.

CDU-Fraktion legt Papier zur Behinderten-Politik vor

DÜSSELDORF (gmv) Die CDU im Düsseldorfer Landtag spricht sich dagegen aus, behinderte Kinder künftig ausnahmslos an Regelschulen zu unterrichten. „Wir sind nicht bereit, alle Förderschulen im Land dichtzumachen“, sagte Fraktionschef Karl-Josef Laumann bei der Vorstellung eines Positionspapiers zur sogenannten Inklusion. Darin geht es nicht nur um die Teilhabe von Schülern: Bessere Perspektiven müssten auch für den Übergang der Jugendlichen ins Berufsleben entwickelt werden, so der Politiker.

E-Zigarette: Gericht gibt NRW-Ministerin recht

DÜSSELDORF (gmv) Das Verwaltungsgericht in Düsseldorf hat die Klage eines Herstellers von E-Zigaretten gegen NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens abgewiesen. Die Grüne darf nun weiter behaupten, E-Zigaretten seien illegal, weil sie ohne arzneimittelrechtliche Zulassung in den Verkehr gebracht worden seien. Steffens begrüßte die Entscheidung. „Ich hoffe, dass sie dazu beiträgt, die Diskussion um die E-Zigarette dort zu versachlichen, wo in erster Linie mit Emotionen und weniger mit Fakten argumentiert wird“, sagte die Ministerin gestern.

Rundfunkgebühren bleiben vorerst stabil

MAINZ (dpa) Die Rundfunkgebühren für ARD, ZDF und Deutschlandradio bleiben vorerst trotz eines millionenschweren Finanzlochs stabil bei bis zu 17,98 Euro pro Monat, wie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ankündigte. Ob sich für die Gebührenperiode 2013–2016 daran etwas ändert, ließ die KEF offen. Dann gibt es erste Erfahrungen mit dem neuen Beitragsmodell, das ab 1. Januar 2013 gilt. Danach muss jeder Haushalt zahlen – egal ob er einen Fernseher, nur ein Radio, einen Internet-PC oder gar kein Empfangsgerät hat.

Bundes-SPD erwartet Ausschuss zu Wulff



Wulff (l.) traf McAllister. FOTO: DPA

BERLIN (dpa) Die Bundes-SPD rechnet damit, dass sich den Vorwürfen gegen Bundespräsident Christian Wulff in Hannover ein Untersuchungsausschuss widmet. Das sagte SPD-Bundestagsfraktionsvize Hubertus Heil. Im niedersächsischen Landtag räumen SPD und Grüne einem entsprechenden Antrag der Linken indes keine Chance ein. Bei seinem ersten offiziellen Termin in Hannover seit Bekanntwerden der Kredit-Affäre eröffnete der frühere niedersächsische Ministerpräsident das Europäische Zentrum für jüdische Musik. Nachfolger David McAllister (CDU) lobte dabei Wulffs Engagement.

FDP-Minister vergibt Amt erneut an Parteifreundin

BERLIN (dpa) Die Kritik an der Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel reißt nicht ab. SPD und Linke warfen dem FDP-Politiker nach der Vergabe eines Spitzenpostens an eine Parteifreundin Vetternwirtschaft sowie eine „irrationale neue Stellenbesetzung“ vor. Jüngstes Beispiel dafür sei die Besetzung der Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement durch die frühere Oberbürgermeisterin von Ettlingen, Gabriela Büsselmeier. Erneut würden Führungspositionen nach Parteibuch vergeben, hieß es gestern.

Experten aus NRW beraten Merkel

Wie könnte Deutschland im Jahr 2030 aussehen? Kanzlerin Angela Merkel will es wissen und gründet den „Dialog für Deutschland“. Wissenschaftler und Praktiker sammeln Ideen und Konzepte. Ab Februar können die Bürger über eine Internetseite mitdiskutieren. Ein Politik-Experiment.

VON MICHAEL BRÖCKER

BERLIN 123 Deutsche dürfen sich seit Sommer vergangenen Jahres „Berater der Bundeskanzlerin“ nennen. Inoffiziell zumindest. Sie gehören zu einem Expertenkreis aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, mit dem Angela Merkel ein ungewöhnliches Politik-Experiment gestartet hat: Sie will Deutschlands Zukunft skizzieren.

Das Bonmot von Altkanzler Helmut Schmidt – „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ – stört Adenauers christdemokratische Urenkelin Merkel offenbar nicht. Die Regierungschefin, bislang eher für das nüchterne Abarbeiten anstehender Probleme bekannt, will weg von der Ad-hoc-Politik. Das Kanzleramt soll nicht nur Krisenreaktionszentrum, sondern auch Ideenschmiede sein. Merkel sucht Antworten auf Fragen, die das Leben und Wirken im Deutschland des Jahres 2030 bestimmen könnten. Auf ihre Kabinettsmitglieder und die Ministerialbürokratie verlässt sie sich dabei offenbar nicht. Sie fragt das Volk.

Schon im Sommer 2010 hatte Merkel 123 Experten, darunter 20 aus Nordrhein-Westfalen, zum Gedankenaustausch nach Berlin geladen. Der Auftrag: eine langfristige Strategie zu entwickeln, wie das schrumpfende und alternde Deutschland im weltweiten Wettbewerb mit jungen, dynamischen und ehrgeizigen Regionen seinen Wohlstand halten und gleichzeitig eine lebenswerte Gesellschaft bleiben kann. Im Kanzleramt hatten Strategien da schon „Demografie“ als Mega-Thema der Politik ausgemacht. Und die CDU-Kanzlerin will es rechtzeitig besetzen.

Unter dem Motto „Dialog über Deutschland“ wurden dann sechs Arbeitsgruppen eingerichtet, die über drei zentrale Fragen beraten sollten: „Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen?“ In jeder Gruppe sollte fächerübergreifend diskutiert werden; das Kanzleramt hatte die Experten ausgesucht und bewusst eine bunte Mischung zusammengestellt.

Das interdisziplinäre Denken ist ein Kernanliegen der Naturwissenschaftlerin Angela Merkel. So kümmerte sich beispielsweise der Psychologe und Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Hacı Halil Uslucan, unter anderem mit dem Mannheimer Familienrichter Gerd Brudermüller und der früheren Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr um das Thema Zusammenleben der Gesellschaft. Der Philosoph und frühere Fraktionschef der SPD in der frei gewählten DDR-Volkskammer, Richard Schröder, erörterte mit dem gebürtigen US-Amerikaner und Politikwissenschaftler James Davis und dem Chef



Mathias Albert, Politikwissenschaftler und Leiter der Shell-Jugendstudie.



Notburga Ott, Sozialwissenschaftlerin an der Ruhr-Universität Bochum.



Jürgen Howaldt, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler an der TU Dortmund.



Andreas Zick, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung in Bielefeld.



Lambert Koch, Ökonom und Rektor der Bergischen Universität Wuppertal.



Hilmar Schneider, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn.



Hacı Halil Uslucan, Chef des Zentrums für Türkeistudien in Duisburg-Essen.



Christoph Beier vom Institut der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt auf die Expertise aus NRW. FOTOS: UNI BIELEFELD, SOS-KINDERDORF, TU DORTMUND, DPA (4), GIZ, PRIVAT (7), GOET, RWL, UN, BFB, PICTURE ALLIANCE, RUB



Annette Zimmer, Politikwissenschaftlerin an der Universität Münster.



Christoph Schmidt, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts RWI in Essen.



Reinald Eichholz, Richter und Ex-Kinderschutzbeauftragter der NRW-Regierung.



Günter Walden, Ökonom am Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn.



Herbert Schubert, Raumwissenschaftler und Soziologe an der FH Köln.



Rolf Heinze, Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum.



Volker Kronenberg, Chef des Instituts für politische Wissenschaften in Bonn.



Berthold Tillmann, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Münster.



Frank Hees, Wirtschaftsgeograf, Vize-Chef am Institutscluster der RWTH Aachen.



Klaus Henning, Elektrotechniker und Berater, Experte der RWTH Aachen.

des Außenhandelsverbands BGA, Anton Börner, das Selbstbild der Deutschen und das Bild der Deutschen im Ausland. Der Aachener Elektrotechniker und Experte für Wissensmanagement Klaus Henning diskutierte mit dem Ökonomen und „Wirtschaftswissenschaftler“ Christoph Schmidt (RWI-Institut Essen), dem Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, Georg Cremer, und der Klimaexpertin Christa Liedtke über Wohlstand und

nachhaltiges Wachstum. Wie die Deutschen künftig arbeiten, war Thema einer Runde, in der unter anderem Gewerkschafts-Chef Michael Vassiliadis und der evangelische Theologe Dieter Zapf zusammensaßen. Der Kölner Raumwissenschaftler Herbert Schubert beriet mit dem Berliner Hauptkommissar Christian Horn darüber, wie Städte sicherer werden können. Knapp 25 Stunden saß auch Angela Merkel persönlich mit den Vertre-

tern der Arbeitsgruppen zusammen und diskutierte. Abseits der hektischen Euro-Rettungsgipfel und der krisenhaften Koalitionssitzungen sei das eine wohlthuende Abwechslung für die Kanzlerin gewesen, wurde im Amt notiert. Im Sommer sollen die Ergebnisse der Experten-Beratungen in Buchform veröffentlicht und an Merkel übergeben werden. Darin einfließen soll auch die Meinung der „normalen“ Bürger. Ab dem 1. Februar

INFO

Deutschland-Dialog

Initiative Seit Sommer 2010 berät Kanzlerin Merkel mit 123 Experten über die Zukunft Deutschlands. Ab Februar sollen die Bürger über eine Internetseite mitdiskutieren.

Ziel Aus allen Anregungen soll ein Buch entstehen, das auf Zukunftsfragen Antworten geben soll.

Zeitplan Ab dem 1. Februar können Internetnutzer ihre Ideen unter www.dialog-ueber-deutschland.de abgeben. Im Sommer sollen alle Ergebnisse veröffentlicht werden.

schaltet die Bundesregierung die Internetseite „www.dialog-ueber-deutschland.de“ frei, auf der Nutzer ihre Visionen, Vorstellungen und Anmerkungen zu den drei Fragen hinterlassen können. Die besten Ideen sollen dem Expertengremium zugeleitet und veröffentlicht werden. Auf drei Diskussionsveranstaltungen nach dem Vorbild der amerikanischen „Townhall“-Meetings will Merkel mit jeweils 100 repräsentativ ausgewählten Bürgern über die Zukunft diskutieren, inklusive Live-Übertragung im Internet. Geplant sind Auftritte in Erfurt (29. Februar), Heidelberg (14. März) und Bielefeld (28. März). Kurz vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai dürften die Bilder der Kanzlerin im Gespräch mit den Bürgern Merks Popularität einen Schub geben.

Darum geht es offiziell natürlich nicht, versichert das Kanzleramt. Es sei schließlich Aufgabe der Regierungschefin, „über den Tag hinaus zu denken“. Und Angela Merks ungewöhnliche Volksinitiative soll zudem Eingang in konkrete Politik finden. Sinnvolle Ideen, die mit der schwarz-gelben Regierungsmehrheit umgesetzt werden könnten, sollen gesetzgeberisch angestoßen werden. Die Opposition wird nicht beteiligt.

Vor allem der Start der Internetplattform wird im Kanzleramt mit Spannung erwartet. Man wisse nicht, ob und wie die Plattform angenommen werde, heißt es. Die Sorge, dass auf der neuen Internetseite der Kanzlerin nur krude Thesen, Spott oder – noch viel schlimmer – ausländerfeindliches Gedankengut verbreitet werde, ist groß. Als Merkel vor einiger Zeit per Internetvideo Nutzern Rede und Antwort stand, verlangte die Mehrheit der Fragenenden die Freigabe von Haschisch. Man müsse die neuen Kommunikationswege ausprobieren, heißt es nun. Allerdings befristet: Die Internetseite soll nur bis Mitte April online geschaltet sein. Zehn Wochen – so viel Zeit muss für das Sammeln der besten Ideen und Konzepte für die Zukunft Deutschlands reichen.

Zentrale Datei gegen Neonazis

VON GREGOR MAYNTZ

BERLIN Rechtsextremistische Gewalttäter und Terroristen sollen in Zukunft schneller ertappt und dingfest gemacht werden können. Das Bundeskabinett will heute im Eilverfahren den Entwurf für eine neue Verbunddatei beschließen, in die Polizei und Verfassungsschutz ihre Erkenntnisse aus der Neonazi-Szene einspeisen und bei Verdacht abrufen. Damit zieht die Regierung die Konsequenzen aus den Fahndungsspannen bei der Zwickauer Neonazi-Terrorzelle, der neun Morde an Ausländern und einer an einer Polizistin zur Last gelegt werden.

Nach dem unserer Zeitung vorliegenden Gesetzentwurf sind im Visier der Datensammler in erster Linie Angehörige und Unterstützer von rechtsterroristischen Vereinigungen sowie Beschuldigte und Verurteilte rechtsextremistischer Gewalttaten. Lange stritten Innen- und Justizministerium um die Frage, ob auch gewaltbereite Neonazis in die Datei aufgenommen werden sollen. Hier legt der Entwurf nun fest, dass die Daten derjenigen gespeichert werden sollen, die im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Bestrebungen zur „Gewalt aufrufen“, die Anwendung von Gewalt „unterstützen“, „vorbereiten“ oder vorsätzlich „hervorrufen“.

Auch über das Umfeld dürfen und sollen die Behörden Informationen sammeln und abspeichern. Freilich dürfen diese Personen mit den Verdächtigen „nicht nur flüchtig oder in zufälligem Kontakt stehen“. Zu den Angaben, die die Neonazifahnder dann abrufen können, gehören außer dem Namen, dem Geschlecht, dem Geburtsdatum und Geburtsort auch Telefonanschlüsse, E-Mail-Adressen, Bankverbindungen, Schließfächer, genutzte Fahrzeuge, Führer- und Pilotenscheine, der Familienstand, besondere Fähigkeiten, Schulabschlüsse, besuchte Orte, Kontaktpersonen, Aufenthalte bei rechtsextremistischen Konzerten, der Besitz von Neonazi-Heften und -CDs und auch eventuelle Fremdsprachkenntnisse.



Ausschnitt aus dem Bekennervideo der Neonazi-Zelle. Mit einer Täter-Datei sollen rechtsextreme Gealtaten wie die des Trios verhindert werden. FOTO: DAPD

Das Innenministerium schätzt die Kosten für die Einrichtung der Datei auf 7,3 Millionen Euro. Um die Daten jederzeit auf dem neuesten Stand halten und nutzen zu können, werden bei Bund und Ländern 59 neue Planstellen geschaffen. Auch verdeckte Bereiche sind vorgesehen. Danach bekommen bei geheimhaltungsbedürftigen Erkenntnissen die Fahnder zwar zunächst keine „Treffer“ angezeigt. An die Behörde, die über Informationen verfügt, geht jedoch automatisch eine Meldung. Dann soll es unmittelbar zur Kontaktaufnahme zwischen Behörde und Fahndern kommen.

Die Fraktionen im Bundestag haben sich außerdem auf einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Behördenpannen im Zusammenhang mit den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) verständigt. Der Vorsitz steht der SPD zu und wird voraussichtlich von dem Innenexperten Sebastian Edathy übernommen. Die Details zum Arbeitsauftrag sind noch nicht geklärt. Laut Unions-Geschäftsführer Peter Altmaier streben die Fraktionen eine „Arbeitsteilung“ zwischen dem Ausschuss, der wohl in der nächsten Woche beschlossen wird, und einer Bund-Länder-Expertenkommission an.

Ausgaben für Bafög schnellen in die Höhe

VON EVA QUADBECK

BERLIN Immer mehr junge Menschen profitieren von staatlichen Hilfen für Ausbildung und Studium. Die Ausgaben für Bafög sind von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf fast 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2010 gestiegen. Dies geht aus dem aktuellen Bafög-Bericht hervor, der heute im Kabinett beraten werden soll.

Die Zahl der mit Bafög geförderten Schüler und Studenten stieg im gleichen Zeitraum um rund 60 000 auf nun 585 000 junge Leute. Das entspricht einem Zuwachs von 11,4 Prozent. Die Ausgaben für das Bafög sind nicht nur wegen einer gestiegenen Zahl von Berechtigten angewachsen. Anfang 2008 hatte die damalige große Koalition mit Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) die Fördersätze um zwei Prozent erhöht. Der Höchstsatz für Studierende liegt derzeit bei 670 Euro monatlich.

Im Durchschnitt erhalten Studenten 436 Euro pro Monat. Bei Schülern sind es 357 Euro. Wer überhaupt Bafög-berechtigt ist, hängt vom Einkommen der Eltern

oder bei verheirateten Studenten vom Einkommen des Ehepartners ab.

Schüler werden voll bezuschusst, sie müssen also die staatliche Förderung nicht zurückzahlen. Studenten erhalten ihr Bafög zur Hälfte als Zuschuss und zur anderen Hälfte als zinsfreies Darlehen, das sie nach dem Studium zurückzahlen müssen. Die Höchstgrenze für die Rückzahlung liegt bei 10 000 Euro. Finanziert wird das Bafög zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von den Ländern.

Nachdem die Regierung die Hürden für einen Bafög-Bezug im Ausland gesenkt hat, ist die Zahl der geförderten Studenten jenseits der deutschen Grenzen erheblich gestiegen. Ihre Zahl ist um 54 Prozent auf nun rund 43 000 Studenten in die Höhe gegangen.

Die Zahl der Bafög-Berechtigten ist auch wegen höherer Studentenzahlen gewachsen. Zudem hat die Bundesregierung die Altersgrenze für Masterstudierende auf 35 Jahre nach hinten verlegt. Weiterhin wurden die Freibeträge bei der Anrechnung des Elterneinkommens um drei Prozent erhöht.

Studenten erhalten im Durchschnitt 436 Euro Bafög monatlich